

## **Niederschrift**

über die 16. Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses der Stadt Geilenkirchen am Dienstag, dem 11.09.2012, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

### **Tagesordnung**

1. Vorstellung und Verabschiedung der Straßenbauplanung für den Bereich des Bebauungsplanes 99, Wohnbaugebiet Geilenkirchen-Nord  
Vorlage: 689/2012
2. Erneute Beratung über die Bauentwurfsplanung zum III. BA der Stadtkernerneuerung - Vorplatz Gymnasium St. Ursula  
Vorlage: 650/2012
3. Antrag der SPD-Fraktion auf Information über den Hochwasserschutz an der Wurm und den Sachstand der vorgesehenen Renaturierung der Wurm unterhalb des Stadtkerns durch den WVER  
Vorlage: 692/2012
4. Beratung und Beschlussfassung über die Eintragung eines Bodendenkmals in die Denkmalliste der Stadt Geilenkirchen, "Kogenbroicher Gracht"  
Vorlage: 649/2012
5. Herstellung des Einvernehmens gem. § 36 BauGB für die Verlängerung einer Abgrabungsgenehmigung in Müllendorf  
Vorlage: 678/2012
6. Information über die Verkehrssicherungsmaßnahme an der Verbindungsstraße Geilenkirchen - Immendorf durch die Entfernung von zwei Eichen einschließlich Ersatzbepflanzung  
Vorlage: 688/2012
7. Antrag der CDU-Ratsfraktion, die Probephase der Abschaltung der Straßenbeleuchtung bei Nacht unverzüglich zu beenden
8. Verschiedenes

**Anwesend waren:**

Vorsitzende/r

1. Karl-Peter Conrads

Stellvertretende/r Vorsitzende/r

2. Leonhard Kuhn

Mitglieder

3. Marko Banzet
4. Klaus Dohlen
5. Johann Graf
6. Horst-Eberhard Hoffmann
7. Wilfried Kleinen
8. Markus Melchers
9. Kurt Sybertz
10. Raimund Tartler bis Ende TOP 8 (ÖT)

Stellvertretendes Mitglied

11. Cornelia Banzet in Vertretung für Herrn Eggert, ab TOP 1
12. Hans-Jürgen Benden in Vertretung für Herrn Rummler
13. Guillaume Dircks in Vertretung für Herrn Latour
14. Dr. Stefan Evertz bis TOP 7, 19:20 Uhr
15. Michael Kappes in Vertretung für Frau Hensen
16. Stefan Kassel in Vertretung für Herrn Kasper
17. Heinz Kohnen in Vertretung für Frau Slupik, bis 20:15 Uhr
18. Christian Kravanja in Vertretung für Herrn Rose
19. Hans-Josef Paulus in Vertretung für Herrn Schumacher
20. Ruth Thelen ab TOP 7, 19:20 Uhr, für Herrn Dr. Evertz
21. Marlis Tings in Vertretung für Herrn Tartler ab TOP 9 (NT)

von der Verwaltung

22. Bürgermeister Thomas Fiedler
23. I. Beigeordneter Hans Hausmann
24. Hans-Josef Bröhl
25. Alexander Jansen
26. Manfred Savoir
27. Michael Jansen

Protokollführer

28. Nathalie Kwade

Gäste

29. Christian Brendt

Es fehlten:

30. Uwe Eggert
31. Theresia Hensen
32. Nils Kasper
33. Gerd Latour
34. Friedhelm Rose
35. Moritz Rummler
36. Manfred Schumacher
37. Barbara Slupik

Ausschussvorsitzender Conrads eröffnete die 16. Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses und begrüßte Herrn Bürgermeister Fiedler, die Zuschauer, die Vertreter der Presse sowie die Mitglieder des Ausschusses und der Verwaltung. Er stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und teilte mit, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen worden sei. Gegen die Niederschrift zur letzten Sitzung seien keine Einwendungen erhoben worden.

Er bat den Ausschuss darum, der Erweiterung des Tagesordnungspunktes 8.1 (Neu: TOP 9.1, Auftragsvergabe zur Unterhaltung von Wirtschaftswegen in 2012) zuzustimmen. Es gehe dabei um Instandsetzungsmaßnahmen im Bereich Alte Poststraße und Gerbergasse. Über die sachlichen Hintergründe sei vorab schriftlich informiert worden.

Der Ausschuss stimmte der Erweiterung der Tagesordnung um TOP 8.1.2 (Neu: 9.1.2, Entscheidung über die Instandsetzungsmaßnahmen im Bereich der Alten Poststraße sowie Information über die Instandsetzung der Gerbergasse) einstimmig zu.

Auf die Einwendung von Stadtverordnetem Benden zu Tagesordnungspunkt 8.5 (Neu: 9.5, Vergabe der Ingenieurleistungen zur baulichen Ausführung einschließlich Grünflächengestaltung des III. BA der Stadtkernerneuerung) wurde klargestellt, dass die Entscheidung über die Vergabe dem Rat in seiner Sitzung am 24.10.2012 obliege, da die Auftragssumme 50.000 € überschreite. Insoweit wurde Einvernehmen mit Stadtverordnetem Benden hergestellt, dass die Vorlage hinsichtlich der Beratungsfolge korrigiert wird und damit die Beratungen zu Tagesordnungspunkten 2 und 8.5 miteinander vereinbar sind

Stadtverordneter Kuhn beantragte die Erweiterung der Tagesordnung. Es solle beraten und beschlossen werden, dass die Versuchsphase, in der die Straßenbeleuchtung ausgeschaltet wird, sofort gestoppt werde.

Stadtverordneter Benden erklärte, dass er nicht abgeneigt sei, dem Antrag der CDU-Fraktion zuzustimmen. Allerdings frage er sich, ob diese Angelegenheit nicht zuständigkeitshalber im Rat beschlossen werden müsse. Außerdem bemängelte er, dass die CDU-Fraktion im interfraktionellen Gespräch am vergangenen Freitag nicht darüber gesprochen habe, dass sie diesen Antrag zur Tagesordnung stellen wolle.

Ausschussvorsitzender Conrads erklärte, dass die Straßenbeleuchtung Thema des Umwelt- und Bauausschusses sei. Der Antrag sei insofern im richtigen Ausschuss gestellt worden. Er rief zur Abstimmung über die Aufnahme des Tagesordnungspunktes auf die Tagesordnung auf. Der Ausschuss stimmte mit 17 Ja-Stimmen und einer Enthaltung für die Erweiterung der Tagesordnung. Dieser Tagesordnungspunkt wurde als neuer TOP 7 im öffentlichen Teil der Tagesordnung aufgenommen.

## **TOP 1    Vorstellung und Verabschiedung der Straßenbauplanung für den Bereich des Bebauungsplanes 99, Wohnbaugebiet Geilenkirchen-Nord Vorlage: 689/2012**

Ausschussvorsitzender Conrads erteilte Herrn Brendt vom gleichnamigen Ingenieurbüro das Wort. Herr Brendt stellte die Straßenbauplanung für den Bereich des Bebauungsplanes 99 vor. Die Unterlagen zu seinem Vortrag liegen der Niederschrift als Anlage bei.

Herr Brendt betonte insbesondere den geplanten einstufigen Ausbau, bei dem sofort die endgültige Straße hergestellt wird. Er erklärte, dass sein Büro mit dieser Vorgehensweise bereits gute Erfahrungen gemacht habe. Für die Anwohner sei ein einstu-

figer Ausbau angenehmer und außerdem kostengünstiger. Auf Nachfrage von Stadtverordnetem Sybertz erklärte Herr Brendt, dass der einstufige Ausbau ca. 10 % billiger sei als der zweistufige, wenn keine nachträglichen Kosten durch Beschädigungen der Straße anfallen. Man könne nie ausschließen, dass nachträglich Kosten in Folge von Straßenunterhaltungsarbeiten durch die Wohnbebauung entstünden.

Nachdem keine weiteren Fragen bestanden, rief Ausschussvorsitzender Conrads zur Abstimmung auf.

**Beschluss:**

Die vorgestellte Planung wird verabschiedet.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 2 Erneute Beratung über die Bauentwurfsplanung zum III. BA der Stadtkernerneuerung - Vorplatz Gymnasium St. Ursula  
Vorlage: 650/2012**

Stadtverordneter Hoffmann erklärte, in seiner Fraktion habe man sich Mitte August nochmals mit dem III. Bauabschnitt befasst und sei zu dem Schluss gekommen, dass er nicht umgesetzt werden und der von der Stadt zu tragende Eigenanteil in Höhe von 240.000 € gespart werden sollte. Von der Ersparnis könnten 60.000 € für die Reparatur der Zufahrt zum Gymnasium und die Pflege Grünflächen verwendet werden. Die restliche Ersparnis in Höhe von 180.000 € reiche aus, um die Straßenbeleuchtung für zwei Jahre einzuschalten. Die SPD-Fraktion stelle daher den Antrag, den Planungen nicht zuzustimmen und mit dem eingesparten Geld wie beschrieben vorzugehen.

Stadtverordneter Kuhn sprach sich dafür aus, den Tagesordnungspunkt abzusetzen und Anfang des Jahres 2013 erneut zu beraten. So könne man den am 04.07.2012 gefassten Beschluss gegebenenfalls unter neuen Haushaltsvoraussetzungen diskutieren. Dieser Ansicht schlossen sich die Stadtverordneten Kravanja und Melchers an.

Stadtverordneter Dr. Evertz merkte an, dass die Entscheidung am 04.07.2012 ohne das Wissen getroffen worden sei, dass nach dem Willen des Kirchenvorstandes die Bäume stehen bleiben sollen. Er zitierte in diesem Zusammenhang das Protokoll von Pfarrer Frisch. Er drückte seine Enttäuschung darüber aus, dass die Verwaltung die Information über die eindeutige Willenserklärung des Kirchenvorstandes dem Rat nicht mitgeteilt hatte.

I. Beigeordneter Hausmann erklärte hierzu, dass das Ergebnis aus der Sitzung vom 04.07.2012 dem Kirchenvorstand am 23.07.2012 mitgeteilt worden sei. Mit Schreiben vom 20.08.2012 habe man die Zustimmung des Kirchenvorstandes zur Entfernung

der Bäume erhalten. Bürgermeister Fiedler ergänzte, dass in der Ratssitzung die Vor- und Nachteile einer Entfernung der Bäume erläutert und ausführlich diskutiert worden seien. Der Rat habe sich für das Fällen der Bäume entschieden. Die vorherigen Verhandlungen mit dem Kirchenvorstand hätten keinen verbindlichen Charakter gehabt. Nach dem Ratsbeschluss hätte die Kirche sich dagegen aussprechen können.

Bürgermeister Fiedler betonte, dass die Angelegenheit gern 2013 neu beraten werden könne. Man müsse aber bedenken, wie heterogen die Meinungen zum jetzigen Zeitpunkt seien und dass das in ein paar Monaten sicher nicht anders sein werde.

Stadtverordneter Hoffmann sagte, dass er davon ausgegangen sei, dass der gefasste Ratsbeschluss bindend sei und von der Verwaltung umgesetzt werde. Der Beschluss dürfe nicht Grundlage für weitere Verhandlungen sein.

Nachdem Stadtverordneter Dr. Evertz ergänzt hatte, dass die Abstimmung beinhalten sollte, dass die Bäume nicht vor einer erneuten Beschlussfassung gefällt werden, rief Ausschussvorsitzender zur Entscheidung über die Absetzung des Tagesordnungspunktes und die Wiederaufnahme der Beratung im Frühjahr 2013 auf.

#### **Beschluss:**

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt und auf die Sitzungen des Umwelt- und Bauausschusses und des Rates im Frühjahr 2013 verschoben.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

### **TOP 3    Antrag der SPD-Fraktion auf Information über den Hochwasserschutz an der Wurm und den Sachstand der vorgesehenen Renaturierung der Wurm unterhalb des Stadtkerns durch den WVER Vorlage: 692/2012**

I. Beigeordneter Hausmann ging auf die in der Vorlage bereits geschilderte Situation ein. Er betonte, dass nun kein großes Hochwasserrückhaltebecken in Rimburg mehr geplant sei, vielmehr setze man jetzt auf punktuelle Maßnahmen. Das Büro Nacken entwerfe im Auftrag des WVER bis Anfang 2013 die Planungen zum Hochwasserschutz. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens werde die Stadt zu gegebener Zeit an der Planung beteiligt.

Bezüglich der Renaturierung der Wurm erklärte er, dass diese Maßnahme nicht so schnell vorangekommen sei wie ursprünglich geplant. Nach aktuellem Stand könne auch diese Maßnahme voraussichtlich Anfang 2013 vorgestellt werden.

Stadtverordneter Hoffmann bedankte sich für die Information.

**TOP 4 Beratung und Beschlussfassung über die Eintragung eines Bodendenkmals in die Denkmalliste der Stadt Geilenkirchen, "Kogenbroicher Gracht"**  
**Vorlage: 649/2012**

Auf entsprechende Anfragen vom Stadtverordneten Melchers antwortete Herr Michael Jansen, dass die gesamte Parzelle der Gracht und auch der vorbeiführende Wirtschaftsweg im Eigentum der Stadt stehen. Die Eintragung als Baudenkmal habe zur Folge, dass jeglicher Bodeneingriff, zum Beispiel eine Baumaßnahme, der denkmalrechtlichen Erlaubnis bedürfe. Da allerdings der Hochwasserschutz an dieser Stelle bereits erledigt sei, sei mit weiteren Baumaßnahmen nicht zu rechnen.

Zur Frage vom Stadtverordneten Dr. Evertz, ob man noch weitere Hohlwege im Stadtgebiet als Bodendenkmäler eintragen wolle, erklärte Herr Jansen, dass aktuell keine Anträge durch den LVR vorlägen. Die Stadt beabsichtige jedenfalls aktuell nicht, eine solche Eintragung zu beantragen.

Die Frage des Stadtverordneten Sybertz, ob durch die Eintragung des Bodendenkmals Folgekosten zu erwarten seien, verneinte Herr Jansen.

**Beschluss:**

Der Umwelt- und Bauausschuss beschließt gemäß Antrag vom Amt für Bodendenkmalpflege vom 12.03.2012, die „Kogenbroicher Gracht“ als Bodendenkmal in die Denkmalliste der Stadt Geilenkirchen einzutragen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 5 Herstellung des Einvernehmens gem. § 36 BauGB für die Verlängerung einer Abgrabungsgenehmigung in Müllendorf**  
**Vorlage: 678/2012**

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtverordnetem Hoffmann erklärte Herr Alexander Jansen, dass der Name der Firma aus Datenschutzgründen unkenntlich gemacht worden sei.

**Beschluss:**

Das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 Abs. 1 BauGB zu dem vorliegenden Antrag vom 27.08.2007 in der Fassung des Änderungsantrages vom 20.04.2012 auf Verlängerung der Fristen für den Abbau und die Rekultivierung der Abgrabung im Stadtgebiet Geilenkirchen, Gemarkung Würm, Flur 9, Flurstücke 45 und 46, wird hergestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 6 Information über die Verkehrssicherungsmaßnahme an der Verbindungsstraße Geilenkirchen - Immendorf durch die Entfernung von zwei Eichen einschließlich Ersatzbepflanzung  
Vorlage: 688/2012**

Herr Bröhl stellte den Sachverhalt nochmals anhand von Bildern dar.

Stadtverordneter Dr. Evertz stellte die Überlegung vor, die Straße auf der den Bäumen gegenüberliegenden Seite zu erweitern, um die Bäume erhalten zu können.

I. Beigeordneter Hausmann wies darauf hin, dass es einen utopischen Aufwand darstellen würde, diesen Vorschlag umzusetzen. Außerdem sehe er die Gefahr, dass es später wieder zu Problemen durch die Wurzeln der immer größer werdenden Bäume kommen werde.

Bürgermeister Fiedler bat darum, stets Deckungsvorschläge zu machen, wenn solche Ideen vorgestellt werden.

Die Stadtverordneten Sybertz, Kravanja und Kuhn erklärten, dass sie dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen wollten.

Stadtverordneter Dr. Evertz bat die Verwaltung, sowohl den Wert der Bäume als auch die wahrscheinlichen Kosten für seine vorgeschlagene Maßnahme zu ermitteln.

I. Beigeordneter Hausmann schätzte den Wert der Bäume auf einige tausend Euro. Herr Brendt, der sich noch im Zuschauerraum befand, gab auf Bitte des Ausschussvorsitzenden Conrads hin die Auskunft, dass für die Erweiterung der Straße mit mindestens 50.000 bis 100.000 € gerechnet werden müsse. Die Problematik liege insbesondere darin, eine vernünftige Straßenführung beizubehalten und wieder auf der ursprünglichen Straßentrasse auszukommen.

**Beschluss:**

1) Der Antrag der Grünen-Fraktion auf Überprüfung der Möglichkeit, die Straße dergestalt zu erweitern, dass die beiden Bäume erhalten bleiben können, wird mehrheitlich abgelehnt.

2) Die beiden Eichen werden entfernt. Als Ersatz werden zwei neue Eichen im Bereich der vorhandenen Pflanzlücken gepflanzt.

### **Abstimmungsergebnis:**

1) Abstimmung über den Antrag der Grünen-Fraktion.

Ja:	2
Nein:	17
Enthaltung:	0

2) Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung, die beiden Eichen zu entfernen und als Ersatz zwei neue Eichen im Bereich der vorhandenen Pflanzlücken zu pflanzen.

Ja:	17
Nein:	1
Enthaltung:	1

### **TOP 7 Antrag der CDU-Ratsfraktion, die Probephase der Abschaltung der Straßenbeleuchtung bei Nacht unverzüglich zu beenden**

Stadtverordneter Kuhn erläuterte, dass die Bevölkerung die Abschaltung der Beleuchtung nicht akzeptiere. Wegen der negativen Stimmung in ganz Geilenkirchen fordere die CDU-Fraktion, die aktuelle Versuchsphase sofort zu stoppen und das Licht wieder anzuschalten. Die Verwaltung solle beauftragt werden, neue Sparmaßnahmen zu finden und dem Rat vorzuschlagen.

Bürgermeister Fiedler betonte, dass er niemanden, sich selbst eingeschlossen, kenne, der für die Abschaltung der Straßenbeleuchtung sei. Die Straßenbeleuchtung sei ein wichtiges Gut. Allerdings müsse man in der aktuellen finanziellen Situation auch zu solchen Maßnahmen greifen. Es gebe aktuell ungefähr 544 Rückmeldungen, die Hälfte davon seien Einzeleingaben, die andere Hälfte sei in Form von Unterschriftenaktionen eingegangen. Die meisten Bürger geben an, Befürchtungen vor etwas zu haben, ohne dass ihnen faktisch etwas passiert sei. Die tatsächlichen Vorfälle hingegen seien recht überschaubar. So wisse er von zwei Verletzten, einem umgestürzten Blumenkübel und einigen entwendeten Blumen.

Stelle man diese Fakten den Befürchtungen gegenüber, werde schnell deutlich, dass es sich um subjektive Empfindungen handele. Die Bürger seien in übergroßer Zahl nicht von der Maßnahme betroffen, anders als zum Beispiel die Zeitungsboten. Die wenigsten Menschen würden sich tatsächlich im betroffenen Zeitraum auf der Straße aufhalten. Er appellierte daher an die Ausschussmitglieder, nicht auf ein Stimmungsbild einzugehen, dass sich nicht begründen lasse.

Bürgermeister Fiedler erinnerte außerdem daran, dass vor Beginn der Maßnahme mit den Fraktionen vereinbart worden sei, dass das Licht ausgeschaltet werden solle. Man habe sich darauf verständigt, dass wenn eine Fraktion das Licht wieder einschalten wolle, diese einen entsprechenden Deckungsvorschlag machen müsse. Er

werde die Beleuchtung nicht wieder einschalten lassen, solange kein Deckungsvorschlag vorliege, da er dies haushalterisch nicht verantworten könne und wolle.

Stadtverordneter Kravanja betonte, dass es viele Kommunen gebe, die die Beleuchtung nachts ausschalten. Allerdings sei es ein schlechter Standortfaktor für eine Stadt, wenn sich die Bürger, wenn auch nur subjektiv, unsicher fühlen. In Geilenkirchen sei dieses Unsicherheitsgefühl sehr stark ausgeprägt. Der Ausschuss und der Rat sollten sich nicht gegen diese Meinung der Bürger stellen.

Er ergänzte, dass er ebenfalls der Meinung sei, dass Deckungsvorschläge gemacht werden müssen. Ursprünglich habe man beschlossen, die Straßenbeleuchtung abzuschalten, weil es das geringste Übel zu sein schien. Die Bürger sähen das offenbar anders. Seine Fraktion werde daher dem Antrag zustimmen.

Stadtverordneter Benden bestätigte, dass auch er derartige Rückmeldungen aus der Bevölkerung erhalten habe. Er bemängelte, dass in der Fraktionssitzung nicht über die Absicht, einen solchen Antrag zu stellen, gesprochen worden sei. Da es um 70.000 € entgangene Ersparnis gehe, müsste seiner Ansicht nach der Rat über die weitere Vorgehensweise entscheiden. Er stelle daher den Antrag, dem Rat für seine Sitzung am 24.10.2012 einen Vorschlag über die Abschaltung der Straßenbeleuchtung zu unterbreiten. Die Verwaltung solle bis zur Sitzung detaillierte Zahlen und Daten vorlegen.

Stadtverordneter Kuhn merkte an, dass Bürgermeister Fiedler auf seinem Blog lediglich von einer Versuchsphase berichte und die Bevölkerung deswegen nicht nachvollziehen könne, wieso die Ersparnis in diesem Fall schon auf Jahre eingeplant sei.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass die Verwaltung sofort reagieren würde, wenn sie wirklich feststellen würde, dass nachts oft etwas wegen der Abschaltung der Straßenbeleuchtung passiere. Dafür sei die Versuchsphase vorgeschaltet worden. Es lägen aber weiterhin keine Erkenntnisse vor, die dies rechtfertigen würden. Er forderte die Ausschussmitglieder auf, Vorschläge zu unterbreiten, wie die Verwaltung bis 2023 jährlich 70.000 € einsparen könne. Von einer Änderung des § 76 GemO NRW solle niemand ausgehen, man müsse unbedingt einen ausgeglichenen Haushalt erreichen. Den Vorschlag des Stadtverordneten Kravanja, die Grundsteuer entsprechend zu erhöhen, habe er aufgenommen.

Stadtverordneter Melchers verwies bezüglich der geforderten Deckungsvorschläge auf das liberale Sparkonzept, insbesondere auf eine mögliche Umgestaltung des Bauhofs und der Stadtbücherei. Er ergänzte, dass es sicher auch Stellen in der Verwaltung gebe, die nicht effizient besetzt seien. Er schlage ferner vor, entweder am Wochenende die Straßenbeleuchtung eingeschaltet zu lassen oder auch innerhalb der Woche erst um 1 Uhr das Licht abzuschalten.

Bürgermeister Fiedler erwiderte auf die Vorschläge des Stadtverordneten Melchers, dass er in diesem Falle Kündigungen aussprechen müsse. Die natürliche Fluktuation in der Verwaltung sei bei der Berechnung des Haushalts bereits eingerechnet worden und ausgeschöpft. Jede weitere Einsparung in diesem Bereich wäre nur über Kündigungen zu leisten. Stadtverordneter Melchers wies von sich, dass er Kündigungen gefordert habe.

Stadtverordneter Sybertz betonte, dass der Umwelt- und Bauausschuss nicht den Haushalt beschließen könne und die Entscheidung somit im Rat getroffen werden müsse. Bis zur Ratssitzung hätten die Fraktionen Zeit, Vorschläge für anderweitige Einsparungen zu erarbeiten.

Bürgermeister Fiedler schlug vor, bis zur Ratssitzung mit jedem Fraktionsvorsitzenden persönlich ein Gespräch über die Möglichkeiten zu führen, um dann im Rat eine qualifizierte Diskussion zu ermöglichen. Er versprach Stadtverordnetem Kappes, bis zur Sitzung des Rates wenn möglich die bisherige Ersparnis zu berechnen.

Stadtverordneter Benden war mit dem Vorschlag des Ausschussvorsitzenden Conrads, den Antrag der Grünen-Fraktion dahingehend zu ergänzen, dass über die Vorgehensweise und insbesondere verschiedene Variationen ausführlich debattiert werden solle, einverstanden.

Ausschussvorsitzender Conrads rief daher zu Abstimmung darüber auf, ob das Thema Abschaltung der Straßenbeleuchtung in der Sitzung des Rates am 24.10.2012 mit allen Variationen beraten und die weitere Vorgehensweise beschlossen werden solle.

**Beschluss:**

Das Thema „Abschaltung der Straßenbeleuchtung“ wird in der Ratssitzung am 24.10.2012 mit allen Variationen beraten.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 8    Verschiedenes**

1. Stadtverordneter Melchers erklärte, er wisse, dass seine Anfrage thematisch nicht dem Umwelt- und Bauausschuss zuzuordnen sei, aber er wolle an dieser Stelle die Verwaltung um eine Auflistung bitten, wie viele Einstellungen in der Amtszeit des Bürgermeisters erfolgt seien und wie viele Stellen es Mitte 2012 bei der Stadtverwaltung gegeben habe im Vergleich zur Mitte des Jahres, in dem Herr Fiedler sein Amt angetreten habe.

Ausschussvorsitzender Conrads erwiderte, dass dieser Ausschuss tatsächlich nicht der richtige für diese Anfrage sei, aber dass die Verwaltung diese Zahlen sicherlich trotzdem gern zur Verfügung stelle.

2. Auf entsprechende Nachfrage von Stadtverordnetem Kappes erklärte Bürgermeister Fiedler, dass bezüglich der Verbindungsstraße Apweiler – Immen-dorf Gespräche mit dem Kreis geführt worden seien. Der Kreis habe erklärt,

dass er keine Gefahrenstelle erkennen könne, während die Verwaltung sehr wohl eine Gefahr erkenne. I. Beigeordneter Hausmann ergänzte, dass die Verwaltung sich mit Herrn Nießen vom Kreis Heinsberg in Verbindung gesetzt habe. Eine Rückmeldung stehe noch aus, man werde das Thema weiter verfolgen.

3. Stadtverordneter Kleinen wies darauf hin, dass auf der Konrad-Adenauer-Straße im Bereich des Amtsgerichtes seit der Entfernung des Tempo-30-Schildes, das an der Kreuzung Brucknerstraße gestanden habe, zu schnell gefahren werde. Er bat daher darum, die Geschwindigkeitsbegrenzung auch auf die Straße aufzumalen. I. Beigeordneter Hausmann sagte zu, dies mit dem Beigeordneten Brunen zu besprechen.
4. Auf die Frage des Stadtverordneten Kuhn erklärte Bürgermeister Fiedler, dass das auf dem Rathausvorplatz entstehende Pflastermosaik nach Fertigstellung im Alltag nicht besonders gesichert werde, sondern vielmehr begehbar sein solle. Man werde allerdings pfleglich mit dem Mosaik umgehen und z.B. bei Festen darauf achten, dass es abgedeckt werde, bevor es mit schweren Wagen befahren würde.
5. Stadtverordneter Benden schilderte zwei Ereignisse vom 14. und 17.08., bei denen zum einen nach einer Verpuffung bei Waurichen / Immendorf großer Gestank aufkam und zum anderen auf der Konrad-Adenauer-Straße eine ähnliche Geruchsbelästigung festgestellt worden sei und bei dem auch die Feuerwehr ausgerückt sei. Er verwies auf die „Gülleproblematik“. Wenn die Feuerwehr kommen müsse, entstünden Kosten, außerdem seien die Bürger verunsichert und litten unter dem unangenehmen Gestank. Stadtverordneter Benden erkundigte sich, inwieweit die Verwaltung über diese Vorfälle informiert sei und welche Handlungsmöglichkeiten es gebe.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass ihm diese Vorfälle nicht bekannt seien. Für die Überwachung der Gülleproblematik sei der Kreis als Aufsichtsbehörde zuständig.

Sitzung endet um: 20:40 Uhr

Vorsitzender

Karl-Peter Conrads

Schriftführer/in:

Nathalie Kwade